



PRESSEMITTEILUNG

Freitag, 3. Juni 2016

**Abgeordneter
Johann Häusler**
Freitag, 3. Juni 2016

Brandbrief der FW-Abgeordneten Pohl und Häusler an Wirtschaftsministerin Aigner:

**Ausschuss für Wirtschaft und
Medien, Infrastruktur, Bau und
Verkehr, Energie und
Technologie**

FREIE WÄHLER: „KUKA muss in bayerischer Hand bleiben“

**Ausschuss für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

Mit einem Brandbrief haben sich die schwäbischen FW-Landtagsabgeordneten Bernhard Pohl und Johann Häusler am heutigen Freitag an Wirtschaftsministerin Ilse Aigner gewendet. Darin fordern die beiden Landesparlamentarier eine „bayerische Lösung“ für den Augsburgener Roboterhersteller KUKA und erteilen aktuellen Plänen eine klare Absage, die einen Verkauf des High-Tech-Unternehmens an chinesische Investoren vorsehen.

**Handwerkspolitischer
Sprecher**

**Mittelstandspolitischer
Sprecher**

In eindringlichen Worten nehmen Häusler und Pohl in ihrem Schreiben Bezug auf ein aktuelles Interview der Staatsministerin, in der sie formulierte, keine Bedenken gegenüber einem Einstieg eines fernöstlichen Haushaltsgeräteherstellers bei KUKA zu hegen. „Wir halten Ihre Auffassung, sehr geehrte Frau Staatsministerin, für falsch und hoffen, dass Sie und die Bayerische Staatsregierung umgehend einen Meinungs- und politischen Kurswechsel vollziehen“, lassen die FW-Parlamentarier die Ministerin wissen.

Bürgerbüro
Lagnastraße 17
86637 Wertingen
Tel.: 08272/60 94 244
Fax: 08272/60 94 246
Johann.haeusler@
fw-landtag.de

„Der Roboterhersteller KUKA ist nicht nur für die Stadt und die Region Augsburg, sondern auch für den Freistaat Bayern ein technologischer Leuchtturm, der keinesfalls in die Hände fernöstlicher Investoren fallen darf“, findet FW-Wirtschaftsexperte Johann Häusler aus dem Landkreis Augsburg, der selbst im Wirtschaftsausschuss des Landtags sitzt. „Mit China-Bashing oder der Beschränkung eines Marktzugangs hat all dies nicht zu tun. Das will keiner. Wir erwarten aber, dass die Staatsregierung ihre vorhandenen Möglichkeiten ausschöpft und einen erfolgreichen Kampf nicht gegen einen Ausländer, sondern für eine deutsche Lösung führt“, ergänzt FW-Haushaltsexperte Bernhard Pohl.

„Nachdem die für die bayerischen Luftwaffenstandorte desaströse Bundeswehrreform ausreichend Gefährdungspotenzial für die Arbeitsplätze in der Luft- und Raumfahrt gebracht hat, dürfen wir nicht erneut Spitzentechnologie leichtfertig aufs Spiel setzen“, finden Pohl und Häusler. Immerhin sei es „im strategischen Interesse des Wirtschaftsstandorts Deutschland und insbesondere des Freistaats Bayern, Spitzentechnologie und Arbeitsplätze im Freistaat zu halten“, finden beide Abgeordnete. Staatsministerin Ilse Aigner fordern sie deshalb zum Abschluss ihres Brandbriefs auf: „Wir wollen keine Staatsbeteiligung. Wir wollen auch kein neues VW-Gesetz aus der Taufe heben. Wir erwarten aber von Ihnen, sehr geehrte Frau Staatsministerin, und von der gesamten bayerischen Staatsregierung maximalen Einsatz für eine bayerische Lösung“.